

Linke Politiker sind die neuen Vertreter der Wirtschaft

Der künftige Präsident des Gewerbeverbands hält linke Politiker für gewerbenäher als bürgerliche

Mischa Aebi

Die abgetretene Präsidentin der Grünen, Regula Rytz, bekommt eine überraschende Anfrage aus der Wirtschaft. Das Reiseunternehmen Edelline aus Köniz will sie als Beraterin und Reiseplanerin engagieren. Die Firma beschäftigt 12 Mitarbeiter und besitzt drei Reisesecars. Rytz hat zugesagt. Unter zwei Bedingungen: Sie will erstens kein Geld. Und sie verlangt zweitens, dass die Cars so nachhaltig wie möglich sind. Edelline ist offizieller Transporteur des Berner Fussballclubs Young Boys und organisiert Erlebnisreisen für höhere Ansprüche. Der Chef Beat Ackermann sagt: «Wir suchten eine Persönlichkeit, die weiss, wie man den Gästen Nachhaltigkeit erklärt.» Er habe gesehen, wie sich Rytz während der Krise für das Kleingewerbe engagierte. «Da war der Fall für mich klar.» Und Rytz sagt: «Die lokalen Gewerbler haben gemerkt, dass wir Grünen uns für sie einsetzen.» Tatsächlich haben die linken Parteien während der Corona-Krise beim Gewerbe gepunktet.

Fabio Regazzi, CVP-Ständerat und designierter Präsident des mächtigen Gewerbeverbands, ist voll des Lobes: «SP und Grüne haben sich neben der CVP am meisten eingesetzt für die KMU.» Er habe «eine solche Unterstützung nicht erwartet». Er sei positiv überrascht. «Hingegen war ich etwas enttäuscht, dass die bürgerlichen Parteien diese Anliegen nur beschränkt unterstützt haben», sagt Regazzi, CEO eines Industrieunternehmens im Tessin.

Fitnessverbands-Präsident kehrt FDP aus Frust den Rücken

Gewerbevertreter Regazzi hat den Kompromiss-Vorstoss zur Reduktion der Geschäftsmieten in enger Kooperation mit der Grünen-Präsidentin Rytz ausgearbeitet und gegen Widerstand vieler bürgerlicher Politiker mehrheitsfähig gemacht. Unterstützt wurde das ungleiche Gespann von der SP. Deren Mietspezialistin Jacqueline Badran weibelte auf allen Kanälen für den Vorstoss zur Reduktion der Geschäftsmieten. Mit dem neuen



Lobt linke Politiker für ihre gewerbenähe Politik:
CVP-Nationalrat Fabio Regazzi

Foto: Keystone

Neuer Nebenjob: Regula Rytz heuert bei einer Firma an, die Carreisen durchführt

Foto: Keystone

Gesetz sollen durch die Corona-Krise gebeutelte Ladenbetreiber, Wirte und Fitness-Center vor dem Ruin bewahrt werden.

In Gewerkekreisen hat man aufmerksam verfolgt, welche Politiker in der Not Hand boten. Claude Ammann, Präsident des Verbands der Schweizer Fitness- und Gesundheitscenter, sagt zwar, sein Verband sei grundsätzlich politisch neutral. Doch: «In den vergangenen Monaten haben wir uns von den Linken, den Grünliberalen und den Grünen deutlich besser vertreten gefühlt als von den Bürgerlichen.» Die Mietreduktion sei für viele Fitnesscenter «von existenzieller Bedeutung». Auch bei der finanziellen Unterstützung der Selbstständigerwerbenden und der Kleinfirmen hätten sich die Linken und die Grünliberalen für «unsere Branche stärker eingesetzt als die sogenannten gewerbenahen Parteien», sagt Ammann. Bei diesem Geschäft hat sich in den vergangenen Tagen vor allem Cédric Wermuth, SP-Nationalrat und offizieller Kandidat fürs SP-Präsidium, ins Zeug gelegt. Von der eigenen Partei, der FDP, fühlt sich Fitness-Verbandspräsident Ammann in der Corona-Krise dagegen komplett im Stich gelassen – und zieht jetzt Konsequenzen: «Ich werde nach dieser Enttäuschung meine Mitgliedschaft kündigen», sagt Ammann.

SVP-Präsident Albert Rösti wehrt sich gegen die Kritik der Gewerbler an der bürgerlichen Politik: «Dank der SVP kann in den meisten Firmen wieder gearbeitet werden.» Die SVP habe «politisch enorm Druck gemacht für eine schnelle Öffnung». Das helfe der Wirtschaft viel mehr als Mietreduktionen und staatliche Unterstützung. Rösti betont, dass die SVP auch eine Motion eingereicht habe zur Verlängerung der Hilfen für jene Firmen, die tatsächlich geschlossen bleiben müssen.

Der gemeinsame Kampf der Gewerbler Schulter an Schulter mit linken Politikern wird allerdings weitergehen: Rytz und Regazzi setzen sich dafür ein, dass die Mietvorlage, die Bundesrat Guy Parmelin auf die lange Bank schieben will, beschleunigt wird.

«Wenn ich höre, wie linke Frauen über Männer reden, wird mir übel»

FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann über seinen Wutausbruch am zweitletzten Sessionstag

Er gilt als eher ruhiger Parlamentarier. Doch während der Nationalratsdebatte über Gleichstellung und Corona platzte Hans-Peter Portmann der Kragen. «Mir hängt dieses Männerbashing in diesem Saal langsam zum Hals heraus!», sagte er ins Mikrofon. Auf Twitter legten er nach: «Diesen linken Kindergarten habe ich langsam satt!»

Herr Portmann, was ist da plötzlich in Sie gefahren?

Während der ausserordentlichen Debatte mussten wir uns pausenlos anhören, wie sehr die Frauen während der Corona-Krise benachteiligt werden und wie böse die

Männer sind. Als dann Ratskoleggin Irène Kälin behauptete, die Männer hätten sich als Krisenmanager in den Vordergrund gerückt, während die Frauen die eigentliche Arbeit verrichteten, musste ich intervenieren. Nun war einfach genug!

Was stimmt an Kälins Aussage nicht?

Die Schweiz hatte während der Krise mit Simonetta Sommaruga eine Frau als Bundespräsidentin. Und Irène Kälin selber führte die Verwaltungsdelegation an, die alle räumlichen und zeitlichen Entscheidungen für das Parlament getroffen hat. Es gab also sehr wohl



«Es nimmt groteske Züge an»: Nationalrat Hans-Peter Portmann

Foto: Keystone

Frauen in Führungspositionen. Aber es geht um mehr. Drei Wochen lang haben linke Frauen bei jedem Votum die Männer schlechtmacht. Das Bashing wurde mit absurden Forderungen verknüpft wie etwa, die Corona-Hilfskredite seien mittels «Gender Budgeting» nach Geschlecht zu verteilen. Es nimmt groteske Züge an.

Sind Sie einfach ein bisschen dünnhäutig?

Nein. Mehrere linke Parlamentarierinnen haben ihre Reden begonnen mit «Liebe Männer und noch mehr liebe Frauen». Man stelle sich vor, ein Mann würde dies umgekehrt machen. Oder jemand würde sagen «Liebe Ausländer und noch mehr liebe Schweizerinnen und Schweizer». Es wäre die Hölle los! Die Forderung nach «Gender Budgeting» ist sogar verfassungswidrig, was mir selbst Bundesrat Alain Berset bestätigte: Das Geld muss nach dem Prinzip der Gleichbehandlung verteilt werden, nicht nach dem Geschlecht.

Als Schwuler setzen Sie sich für die Rechte von Homosexuellen ein. Ist es nicht legitim, dass auch die Frauen für ihre Anliegen kämpfen?

Ich habe im Parlament immer Frauenrechte unterstützt. Würden aber Schwule dermassen abschätzig über Heterosexuelle reden wie jetzt diese Frauen über die Männer, so würde ich mich auch wehren. Da wird mir übel.

Übel?

Ja. Ich sage das auch immer in der schwul-lesbischen Bewegung: Wir fordern ein, dass man uns nicht diskriminiert. Aber dann machen wir das auch nicht mit anderen

Leuten oder anderen Meinungen. Bei diesen Frauen aber hat man das Gefühl, sie stünden im ständigen Kampf gegen die böse Männerwelt. Sie üben genau jene Herabsetzungen aus, gegen die sie sonst zu Recht auf die Strasse gehen. Ich wollte im Nationalratsaal diesen Frauen den Spiegel vorhalten. Mal sagen: «Jetzt reicht es langsam!»

Wie waren die Reaktionen?

Auf bürgerlicher Seite sind bis weit in die Mitte auch alle Frauen auf meiner Seite. Auch ihnen geht dieses ewige Gejammer der linken Frauen über die Männer auf die Nerven. Rico Bandle